



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Antrag Nr. 15

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 170. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 26. April 2018

SCHUTZ DER MITARBEITERINNEN UND KONSUMENTINNEN BEI INSOLVENZ UND/ODER VERKAUF EINER AIRLINE

Angesichts der letzten Insolvenzen von Air Berlin und NIKI wird die Notwendigkeit eines Sozial- und Weiterbildungsfonds für das fliegende Personal und einer Insolvenzabsicherung von Flugbuchungen immer dringlicher. Allein in Europa sind letztes Jahr bereits drei Airlines in die Pleite geflogen. Den Schaden haben hunderttausende KundInnen und die MitarbeiterInnen der betroffenen Airlines.

- **Sozial- und Weiterbildungsfonds Luftfahrt**

Die Insolvenz der NIKI hat auf tragische Art und Weise gezeigt, welcher Ungewissheit die Beschäftigten ausgeliefert sind, wenn sich eine Airline zurückzieht. Mit Hilfe eines Sozial- und Weiterbildungsfonds können soziale Folgen und arbeitsmarktpolitische Kosten abgedeckt, sowie den FlugbegleiterInnen, den PilotInnen und dem Bodenpersonal existenzielle Ängste genommen werden. Der Sozial- und Weiterbildungsfonds soll MitarbeiterInnen im Falle eines unverschuldeten Arbeitsplatz- oder Lizenzverlustes bei Umschulungen finanziell unterstützen, aber auch bei schweren Erkrankungen eine wichtige Absicherung für alle Berufsgruppen in der Luftfahrt bieten.

- **Insolvenzabsicherung für Fluglinien**

Die Insolvenz der Fluglinie Air Berlin zeigt deutlich die Notwendigkeit einer Insolvenzabsicherung für Fluglinien wie dies bei Reiseveranstaltern bereits vorgeschrieben ist.

KonsumentInnen, die Flüge – die aufgrund einer Insolvenz nicht mehr stattfinden – gebucht und bezahlt haben, bekommen den Ticketpreis meist nicht rückerstattet. Nur bei Pauschalreisen ist der Reiseveranstalter verpflichtet eine andere Reisemöglichkeit zur Verfügung zu stellen. Diese Situation ist untragbar, zumal davon auszugehen ist, dass weitere Insolvenzen folgen werden. Zum Schutz der Passagiere ist eine Insolvenzabsicherung für Flugbuchungen überfällig und sollte vom nationalen, wie auch europäischen Gesetzgeber in allen Mitgliedstaaten eingeführt werden.

Die Kosten des Sozial- und Weiterbildungsfonds, sowie einer Insolvenzabsicherung können durch die mit 1.1.2018 eingeführte Halbierung der Ticketsteuer, die den Unternehmen Einnahmen von rund 60 Mio Euro gebracht hat, finanziert werden.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher die Bundesregierung auf, sich für einen Sozial- und Weiterbildungsfonds, sowie eine Insolvenzabsicherung bei Ticketbuchung national gesetzlich zu verankern und sich für eine europaweite Insolvenzabsicherung einzusetzen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig